
In Anführungszeichen

Glanz und Elend

der Political Correctness

Von Matthias Dusini

und Thomas Edlinger

edition suhrkamp

SV

In einem *zweiten* Schritt verlagerte sich die Kritik an den blinden Flecken des Universalismus daher auf die Konstruiertheit dieser intervenierenden partikularen Identitäten selbst. Aus Fragen wie »Welche Rechte habe ich als Schwarzer, als Frau oder, noch spezifischer, als schwarze Arbeiterin aus Puerto Rico in Manhattan?« erwachsen die bis heute virulenten Fragen nach jenen kulturellen und sexuellen Identitäten, die von in Anführungszeichen gesetzten Verdachtsmomenten gegen Essentialismen umzingelt sind: Was ist denn überhaupt ein »Schwarzer«? Was ist eine »Frau«?

Da Identität nun nicht mehr nur als biologische, also fremdbestimmte Zuschreibung erduldet, sondern auch als autonome kulturelle Performance erfahrbar werden sollte, rückte neben der formalen Gleichheit *drittens* auch die Frage des Lebensstils in den Fokus der Anerkennungskämpfe. Wenn der Lebensstil als Ausdruck der Persönlichkeit gilt, dann darf auch dieser nicht abgewertet werden – selbst wenn dieser Lebensstil sich seinerseits schon von einer vermeintlich authentischen Erfahrung des Selbst zugunsten eines Spiels mit Zeichen verabschiedet hat. Alle Lebensformen sollen gleichberechtigt nebeneinander existieren. Dafür stehen liberale Kopftuchbefürworter, die klagen Schwuleneheaspiranten ein, dafür demonstrieren die Gegner von Minarettverboten. Alle diese Fürsprecher des Partikularen vergessen dabei aber leider oft, dass konkrete Menschen nicht *nur* ein Kopftuch tragen, schwul sind oder beten, sondern zugleich immer auch Andere sind – und auch Andere werden müssen, um mit anderen gemeinsame Anliegen verfolgen zu können.

Der Keim des Kummers

Die Überblendung aller drei Bewegungen – partikularistische Interessenpolitik, Problematisierung essentialistischer Positionen und Aufwertung der sittlichen Emanzipationswünsche – führen zu einer Verkomplizierung der Unterscheidung

von politischen Gegnerschaften. Sie hat auch zur Folge, dass der Grat zwischen praktischer Opfersolidarität und gefühlter Opferidentifikation immer schmaler wird. Dabei ist die opfersensible Gesellschaft paradoxerweise ein Produkt jener Moderne, die angetreten ist, die prinzipielle Unfreiheit und Ungleichheit in Form der Universalisierung der Menschenrechte abzuschaffen. Denn um sich als Opfer zu begreifen, muss man zunächst einmal eine Vorstellung davon entwickeln, was es heißt, keines zu sein. Man muss sich mit den Siegern vergleichen und Rechte einklagen können. In demokratischen Regimen ist das zumindest auf dem Papier der Fall. Statt Sklaven, Unfreien und Leibeigenen, die ihr Leid als schicksalshafte Inferiorität akzeptieren, werden nun Sklaven, Unfreie und Leibeigene produziert, die es zumindest formal nicht sind, sich aber so fühlen. ArbeiterInnen in den Sweatshops, 1-Euro-Job-Abhängig-Gemachte und illegalisierte Menschen ohne Papiere empfinden sich nicht nur als, sondern sie *sind* ohne Zweifel Opfer sozialer Exklusionsprozesse. Wie aber sieht es mit den dünnhäutigen Kollegen und Kolleginnen im Nebenzimmer aus, die darüber jammern, dass ausgerechnet sie – nicht heute und nicht gestern, sondern immer – zu wenig vom Kuchen kriegen? Sind auch die Flatscreens klauenden Villenbesitzersöhne in England Opfer einer gesellschaftlichen Spaltung, die die Wohlhabenden Wohlstandsverwahrlosung nennen?

Die Empörung, der Neid, die Gier und die notorische Unzufriedenheit, jene dunklen Leidenschaften aus dem Schoß des fortgeschrittenen Individualismus gedeihen jedenfalls prächtig unter dem Diktat der Vergleichbarkeit, zumal Differenz als Lebensform und damit der Keim des Kammers noch in jeden kleinsten Konsumakt versenkt wird. Die Gefühlsaufwallung bezieht sich dabei weniger auf eine schwindende Repressionsmacht des Staats als auf die empfundene Benachteiligung durch ein anonymisiertes und abstrahiertes »System«, dessen schuldhaftige Akteure kaum zu benennen sind. Zwar wird die Entstaatlichung der Verantwortlichkeit für das individuelle Wohl noch

von manchem melancholischen Seufzer der Wohlfahrtsstaats-nostalgiker begleitet. Für die fortschreitende Emanzipation des zeitgenössischen Subjekts von den Zwängen der Disziplinargesellschaft und ihren ideologischen Meistererzählungen von Staat, Familie und Religion musste aber in jedem Fall ein tückischer Preis gezahlt werden. Keine Flip-Flops im Büro ohne iPhone-Terminkalender in der Tasche, keine digitale Boheme ohne dazugehöriges Prekariat, wie es in den europäischen Wohlfahrtsstaaten heißt. Angesichts der grassierenden Sparwut der öffentlichen Hand und der Profitorientierung der Unternehmen hat sich die Situation des unternehmerischen Selbst nochmals verschärft. Der Übergang zwischen prekärer Beschäftigung mit nicht ausreichender Bezahlung und Arbeitslosigkeit ist mittlerweile fließend. Im Zeichen der globalen Krise des Finanzkapitalismus will sich das Prekariat von morgen nicht mehr einer repressiven Arbeitswelt verweigern, nicht zur überflüssigen und mittellosen Verschiebemasse degradiert werden. Es protestiert, symptomatisch ablesbar in den pragmatischen Setzungen der jüngeren Uniproteste im deutschsprachigen Raum, vor allem dagegen, dass ihm die Eintrittskarte zur beruflichen Selbstverwirklichung verwehrt wird. Und zwar nicht etwa als Klasse (oder sich immerhin strategisch so definierende Generation), sondern als medienaufmerksamkeitskritische heterogene Masse von je für sich benachteiligten Individuen.

Der Missbrauch des Missbrauchs

Staatliche Eingriffe in Schulhofraufereien, ministerielle Gängelungen beim Verfassen von Texten: So etwas hat es nicht einmal in Zeiten gegeben, als Schüler wie Rekruten gezüchtigt wurden und Politiker Kommuniqués verlesen statt Interviewfragen zu beantworten. Rauchverbote, das Verbot der Glühbirne und Frauenquoten für Unternehmensvorstände, »Inkontinenzschutz« statt Windeln und »Menschen mit As-

sistenzbedarf« statt Pflegefälle: Ist der Gouvernantenstaat auf dem Vormarsch?

In der reflexartigen Abwehr dieser als obrigkeitsstaatlich empfundenen Lenkungsversuche drückt sich eine Stimmung aus, die ihren Gegenstand mit hervorbringt. Richtige Bilder und Wörter sollen Menschen davor bewahren, aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder sonst einer Eigenschaft in ihrer Würde verletzt zu werden. Einige Journalistinnen fühlen sich ihrerseits in ihrer Berufsehre angegriffen und reagieren mit dem sarkastischen Gelächter eines Schülers, der von der Mathematiklehrerin zurechtgewiesen wird. Dabei ist das alles nicht persönlich gemeint, sondern als Maßnahme gegen die »Allmächtigkeit der Mehrheit«, wie der französische Historiker Alexis de Tocqueville das Prinzip demokratischer, die Minderheit überstimmender Entscheidungen beschrieb. Das Echo dieser mittlerweile staatlich abgesegneten Kulturkämpfe gegen das Vorrecht »natürlicher« Ordnungen hallt heute auf Facebook in launigen Fragen Derrida-geschulter Kulturphilosophen nach: »Wann wird endlich ein Museum der Geschlechterdifferenz errichtet? Jedenfalls sollte man schon beginnen, Artefakte dafür zu sammeln, damit die Nachwelt erfährt, was ›Mann‹ und ›Frau‹ einst bedeuteten.«

Die Wahrnehmung, dass sich Political Correctness, verstanden als auf kulturelle, repräsentative und politische Gleichheit und die Eindämmung von moralischen Verletzungs- und Empörungspotentialen zielender Anspruch, weitgehend durchgesetzt hat, verträgt sich gut mit den politischen Maßnahmenbündeln des *Nanny State*, die heute teilweise institutionalisiert oder zumindest debattiert werden: die seit einem halben Jahrhundert in Kraft befindlichen *Affirmation Actions* in den USA, das *Diversity Management*, die *Gay and Lesbian Studies*, die Quotenregelungen und die Gender-Beiräte. Die Institutionalisierung von PC als verbindlicher Handlungs- und Sprachanleitung in unverbindlichen Zeiten schreitet voran. In

den USA regiert der erste afroamerikanische Präsident, in Deutschland eine Frau aus den Reihen der CDU, und die FDP steuert einen homosexuellen Außenminister bei. Neben diesen vor allem symbolisch wirksamen Korrekturen der Repräsentationsverhältnisse zeigt sich der Wandel vor allem im universitären und künstlerischen Bereich. Das Rektorat der Akademie der Bildenden Künste Wien ist seit Frühling 2011 das erste rein weiblich besetzte Universitätsrektorat Österreichs; auf Einreichungen zu Projektanträgen 2011 für LINZ-impULS, ein Förderprogramm der freien Szene in der österreichischen Stadt Linz, wird der ausdrückliche Wunsch nach besonderer Berücksichtigung von Genderaspekten geäußert. Zahlreiche KünstlerInnen widmen ihr Schaffen gender- und ethnospezifischen Schuldzusammenhängen. So bezog sich die österreichische Künstlerin Marlene Haring 2010 im Rahmen der Berlin Biennale auf die bahnbrechenden Arbeiten der Guerrilla Girls zur mangelnden Repräsentation von Frauen in US-amerikanischen Museen. Haring parodierte das in ihren Augen für Gruppenausstellungen symptomatisch unausgewogene Zahlenverhältnis von 33 eingeladenen Künstlern zu zwölf eingeladenen Künstlerinnen. Als »Einlasskontrollorin« sortierte sie den Besucherstrom exakt nach dieser Quotenvorgabe aus – und ließ ab und zu die Frauen aus der rasch anschwellenden, rein weiblichen Warteschlange die Ausstellung betreten.

Das österreichische Ministerium für Arbeit und Soziales publizierte 2010 einen knapp hundert Seiten dicken »Leitfaden für diskriminierungsfreie Sprache, Handlungen, Bilddarstellungen«. Darin werden stereotype Ist-Zustände mit »gewünschten Bezeichnungen« konfrontiert: So soll man zum Beispiel nicht die Hautfarbe von Menschen ansprechen, schließlich sprechen wir ja auch nicht von Weißeuropäer/innen oder Gelbasiat/innen«. ¹² Auch in Mainstreammedien als unproblematisch emp-

¹² Vgl.: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz/ Irmtraud Voglmayr (Hg): *Leitfaden für diskriminierungsfreie Sprache, Handlungen, Bilddarstellungen*. Wien 2010, S. 43.